

PRESSEMITTEILUNG

PRESSEMITTEILUNG

Innenpolitik

Nr. 243/16 vom 30. Mai 2016

Astrid Damerow: Die Landesregierung muss sich endlich klar zur Wohnortzuweisung bekennen

Die flüchtlingspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Astrid Damerow, hat angesichts der aus unterschiedlichen Medienberichten hervorgehenden bis heute unklaren Positionierung der Landesregierung zur Wohnortzuweisung ein klares Bekenntnis gefordert:

„Seit einem halben Jahr beraten SPD, Grüne und SSW über diese wichtige Maßnahme für eine bessere Integration. Und immer noch schickt der Innenminister seinen Pressesprecher mit wachweichen Erklärungen vor, die beliebig gedeutet werden können. Dieses Trauerspiel muss endlich ein Ende haben“, forderte Damerow.

Integration funktioniere am besten in der Mitte der Gesellschaft. Auch in für anerkannte Asylbewerber attraktiven Wohngebieten sei die Integrationsfähigkeit begrenzt. Mit der gezielten Wohnortzuweisung könne sichergestellt werden, dass die Asylsuchenden genau in der Mitte der Gesellschaft wohnen werden.

„Wer dieses Instrument ablehnt, der leistet unvermeidlich einer Ghettobildung Vorschub. Es wird Zeit, dass die Gegner dies endlich zur Kenntnis nehmen“, so Damerow.

Darüber hinaus könne mit der Wohnortzuweisung ein wichtiges Signal an alle Kommunen und die vielen ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe Engagierten gesetzt werden.

„Die Integration würde damit eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe bleiben“, so Damerow.